

Rüstungen und Volkswirtschaft.

ap. Die ungeheuren Forderungen, die der Militarismus in den jetzigen Rüstungsvorlagen erhebt, stellen die Frage in den Vordergrund, welche Folgen dieser Raubzug des Molochs für die Volkswirtschaft im ganzen haben wird. Wiederholt ist in dem Kampfe gegen die steigenden Rüstungen darauf hingewiesen worden, wie der Militarismus Geld und Arbeitskraft, die sonst zu produktiver Arbeit verwendet werden könnten, unproduktiv vergeudet. Während aber früher die Vertreter der Kapitalistenklasse von dieser Vergeudung nichts bemerkten, im Gegenteil lobend hervorhoben, daß die Arbeiter auf den Werften und bei Krupp so schönes Geld verdienen konnten, sind sie jetzt auf einmal unruhig geworden. Das patriotische Opfer der Reichen, die Wehrabgabe, hat es ihnen angetan; in beweglichen Worten jammert das Großkapital über den Schaden und die Gefahren, die die plötzliche Entziehung einer Milliarde der deutschen Volkswirtschaft zufügen wird. Nun steckt zweifellos ein gutes Stück Komödie darin; das Großkapital weiß, daß Politik Geschäft ist, und daß Opfer, die nachher wieder was einbringen, keinen Verlust darstellen; es steckt jetzt das Lob und später den Lohn für seine „Opferfreudigkeit“ ein, und läßt unterdessen die Milliarde zum guten Teil von dem Mittelstand, von Bauern, Kleinbürgern und kleinen Rentiers bezahlen. Sehen wir aber davon ab, so ist die Frage immerhin der Prüfung wert, welchen Schaden eine Milliardenabgabe vom Kapital dem Wirtschaftsleben eigentlich bringen würde.

Daß von einer wirklichen Entziehung einer Geldmasse von einer Milliarde keine Rede sein kann, ist schon verschiedentlich hervorgehoben worden. Die Regierung bringt dieses Geld nicht in den Juliusturm, sondern gibt es aus für Baulichkeiten, Kasernen, Flughallen, Kanonen und dergleichen. Es kehrt also fast sofort in den Verkehr zurück. Nicht um die Entziehung von Geld, sondern von Kapital handelt es sich. Während das Geld als Kapital sonst für die Bedürfnisse der Industrie, für die Gründung neuer und Erweiterung bestehender Unternehmungen an-

gelegt werden würde, nimmt die Regierung es jetzt für ihre Zwecke; darin, in der Verringerung des zur Anlage vorhandenen Kapitals soll die Schädigung der Volkswirtschaft liegen. Denken wir uns aber, daß die Regierung die einmaligen Ausgaben nicht durch eine Abgabe, sondern durch eine Anleihe einer Milliarde decken wollte, würden wir dann auch dasselbe Lamento hören? Natürlich nicht; vielleicht würde es einige Mühe kosten, weil gerade vor oder während der Hochkonjunktur mit ihren hohen Profiten Kapitalknappheit herrscht — insoweit paßt der Zeitpunkt dieser Forderungen den Kapitalisten schlecht — aber wenn nur genügend hohe Zinsen geboten würden, wäre den Kapitalbesitzern diese Kapitalanlage genau so lieb, wie jede andere. Und doch käme volkswirtschaftlich die Sache genau auf dasselbe hinaus, wie bei der Abgabe; auch in diesem Falle würde der Industrie Kapital entzogen werden, um es für unproduktive Kasernen und Kanonen zu verwenden. Wo liegt dann der Unterschied? Darin, daß bei der Anleihe den Kapitalisten für diese unproduktive Verwendung ihres Geldes 40 bis 50 Millionen Mark Zinsen aus den Steuern zufließen, während bei der Abgabe dasselbe Geld einen Zins von 0,0 einbringt. Daß die Herren an einem so schauerhaft schlechten Geschäft keinen Gefallen finden können, ist nur allzu verständlich. Wenn sie aber dabei so schön über die Volkswirtschaft jammern, die durch Entziehung von Kapital geschädigt wird, so ist zu bedenken, daß sie mit Volkswirtschaft immer nur Kapitalprofit meinen. Für sie ist ja der Kapitalprofit Sinn und Zweck des ganzen Wirtschaftslebens. Geld, das sie abgeben gegen regelmäßige Zinsen — aus des Volkes Notdurst aufzubringen — ist Kapital; Geld, das sie ohne diese Volksbelastung abgeben, ist Verlust: das ist der Begriff ihrer „Volkswirtschaft“.

Wenn wir über den wirklichen Einfluß der militärischen Kapitalentziehung auf die Volkswirtschaft im weiteren Sinne reden wollen, so hat diese Frage einen ganz anderen Inhalt. Dann gehören dazu auch alle Staatsanleihen für militärische Zwecke, für die die Kapitalisten immer unbedenklich ihre Kapitalien hergegeben haben. Kapital, das das Reich zum Bauen von Kasernen und zum Ankauf von Kanonen ausgibt, kann nicht zugleich von den Privatunternehmern für Fabriken und Maschinen ausgegeben werden. Für den Einzelkapitalisten kommt es auf dasselbe hinaus, ob er es dem Staate oder dem Unternehmer leiht; in beiden Fällen bekommt er seinen Zins,

und in beiden Fällen dient es dazu, kapitalistischen Bauunternehmern und Metallindustriellen Aufträge zu geben. Aber dennoch liegt ein tiefer Unterschied darin, daß die Dinge, in die sich das Kapital verwandelt, hier unproduktive Kriegsmaterialien, dort produktive Arbeitsmittel sind. Letztere erzeugen Mehrwert, der als Kapitalzins dient; erstere erzeugen keinen Mehrwert, und der Zins wird durch Besteuerung der Arbeiter oder der Kapitalisten, also aus anderweitigem Mehrwert oder Lohn aufgebracht. Vermehrung der Produktionsmittel bedeutet Vermehrung der Arbeitermassen, also der Gesamtmehrwertmasse, die alljährlich produziert wird; Vermehrung der Kriegsmaterialien läßt die Mehrwertmasse gleich, muß also das benutzte Kapital aus diesem Mehrwert entschädigen, d. h. den Mehrwert der anderen Kapitalisten verringern, oder man muß die Löhne der Arbeiter herunterdrücken. Ohne den Militarismus würden größere Mehrwertmassen produziert werden, und die Akkumulation des Kapitals würde viel rascher und gewaltiger vor sich gehen. Der Militarismus wirkt daher als eine Bremse der Akkumulation, er verlangsamte die ganze kapitalistische Entwicklung, und die Rüstungsausgaben wirken für die Gesamtwirtschaft des Kapitalismus wie hohe unproduktive Unkosten, die zum Beispiel Europa durch seine ungünstige politische Vergangenheit — seine politisch-nationale Zersplitterung — gegen Amerika zurücksetzen.

Daher kommt es auch, daß die Bourgeoisie immer versucht, die laufenden Ausgaben für den Militarismus den Volksmassen aufzubürden. Sie empfindet die Akkumulation des Kapitals als ein wirtschaftliches Gebot, und daher darf der zu diesem Zwecke dienende Mehrwert nicht angetastet werden — natürlich will sie selbst ihre „standesgemäße“ Lebenshaltung auch nicht einschränken. Während Geld, das sie für den Ankauf von Maschinen verwendet, damit zum produktiven, Mehrwert bringenden Kapital wird, ist für sie das Geld, das der Arbeiter zum Ankauf von Schuhen, und das Geld, das der Staat zum Ankauf von Gewehren ausgibt, beides in gleicher Weise unproduktiv. Für die Kapitalwirtschaft kommen diese daher auf dasselbe hinaus, und leidet die „Volkswirtschaft“ keinen Schaden, wenn der Arbeiter keine Schuhe kaufen kann, damit der Staat sich neue Flinten anschafft. Es handelt sich dabei nur darum, ob die eine oder die andere Branche ihre Produktion erweitern kann, und weil die Gewehr- und Kanonenfabrikanten den meisten Einfluß bei der Regie-

rung haben, setzt ihr Spezialinteresse sich am ehesten durch. Aber für die wirkliche Volkswirtschaft macht es den denkbar größten Unterschied. Für die Arbeiterklasse ist die Lohnfrage, die ihre Lebenshaltung bestimmt, die allerwichtigste Lebensfrage. Die Bezahlung der Militärausgaben durch die Volksmassen in der Form indirekter Steuern ist eine tückische Herabsetzung des Lohnes und der notwendigen Lebensaufgaben. Natürlich gehen die Kapitalisten trotz ihrer pfiffigen Berechnung dabei nicht frei aus; denn um so energischer kämpfen die Arbeiter um Lohnerhöhungen, und einen Teil werden sie oft auf den Mehrwert abzuwälzen wissen. Aber ein großes Stück bleibt doch den Arbeitern, sowie den kleinen Mittelständlern aufgehast, und so bedeutet die Steigerung der Militärfkosten für die Massen Herabsetzung der Lebenshaltung, schlechtere Ernährung, Schädigung der körperlichen Gesundheit, Verringerung der Ausgaben für geistige Kultur — was schließlich auch wieder die Produktion und die ganze gesellschaftliche Entwicklung schädigt.

Man hat früher oft davon geredet, daß die Ausgaben für den Militarismus eine ökonomische Notwendigkeit für den Kapitalismus seien, da er ohne diese Vergendung in seinem Ueberfluß ersticken und zusammenbrechen müsse. Richtig ist daran nur der Gedanke, daß der Militarismus die kapitalistische Akkumulation hemmt und insoweit den Zusammenbruch verzögert. Aber eine ökonomische Notwendigkeit steckt nicht darin. Allerdings leidet der Kapitalismus an Ueberproduktion, insoweit ihm die rasche Erweiterung des Absatzes Schwierigkeiten macht; wenn aber der Staat einigen Zweigen ein neues großes Absatzgebiet in der Gestalt von Armee- und Flottenlieferungen eröffnet, nimmt er das Geld dazu aus den Taschen der Bevölkerung, die sonst für dasselbe Geld auch Waren, bloß andere Waren, gekauft hätte. In der Anschauung, daß Verschwendung für den Bestand des Kapitalismus nötig sei, lebt noch ein Stück der kleinbürgerlichen Auffassung fort, daß Luxus eine Quelle der Wohlfahrt sei; Marx' Darstellung des kapitalistischen Produktionsprozesses hat diese Anschauungen unhaltbar gemacht. Gewiß ist der Militarismus unter dem Kapitalismus notwendig, aber seine Notwendigkeit ist nicht ökonomischer, sondern rein politischer Natur; er ist nur notwendig zur Sicherung der Kapitalherrschaft und zum Kampfe der Bourgeoisie über Absatzgebiete und Weltmacht. —